Nr. 78. 13. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo" erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt") beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 3248) ohne Bringegeld vierteljährlich M. 4,20; durch die Kolportöre wöchentl. 36 ₰ frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 ₰.
Verantwortlicher Redaktör: Gustav Waberský in Hamburg.

Sonntag, den 2. April 1899.

Anzeigen
werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämmtl. Annoncen-Büreaus.
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Des Osterfestes wegen erscheint die nächste Nummer des „Hamburger Echo" am Mittwoch, 5. April.

Hierzu zwei Beilagen und das illustrirte Unterhaltungsblatt „Die Neue Welt".

Vorfrucht.

Fröhliche Osterfeiertage wünschen wir von Herzen all' unseren Lesern! Wir begehen das Fest heute unter dem Zeichen verschärfter „Umsturzbekämpfung". Mit diesem Faktum möchten wir uns hier etwas beschäftigen, um in unseren Lesern die richtige Osterstimmung wach zu rufen. Die ganze Jämmerlichkeit der „Umsturzbekämpfung", welche die vorgeblich auf alles Heilige eingeschworenen Elemente der Reaktion als „höchste Aufgabe" betreiben, wird offenbar in der wahrheitsschänderischen Art und Weise, wie diese Elemente die Entstehung und das Wesen der Sozialdemokratie, als der hauptsächlichsten Umsturzmacht, zu erklären versuchen. Wollten die für die „bestehende Ordnung" eintretenden reaktionären Staatsmänner, Politiker, Gelehrten und Zeitungsschreiber, die Wahrheit respektirend, zugeben, daß die Sozialdemokratie das nothwendige, den Kulturfortschritt verbürgende Ergebniß aller seitherigen Entwicklung ist, so würden sie den Boden, auf welchem sie stehen, sich selbst entziehen. Solche Anerkennung einer großen historischen Wahrheit kann man von ihnen, die aus Rücksicht auf herrschende Sonderinteressen Feinde des Kulturfortschritts sind, nicht erwarten. Es ist aus dem Zweck ihrer „Umsturzbekämpfung" begreiflich, daß sie der Wahrheit Gewalt anthun und behaupten: die Sozialdemokratie sei das Resultat eines an der „göttlichen Weltordnung" begangenen „Verbrechens". Ganz und gar können sie, selbst wenn sie den besten Willen dazu hätten, doch nicht leugnen, daß es eine Logik der Weltereignisse giebt. Wohl oder übel müssen sie, wenn auch widerstrebend, dieser offenkundigen Thatsache Rechnung tragen, da ihnen sonst die „gründliche Beweisführung" für die „Schlechtigkeit" und „Verwerflichkeit" der Sozialdemokratie unmöglich sein würde. Sie können nicht sagen, die „Umsturzpartei" sei das Produkt absoluter Willkürlichkeit eines „bösen Geistes". Wenn sie schon versichern, daß die Sozialdemokratie „ein Kind bösen Geistes" ist, so müssen sie doch wenigstens aus historischen Thatsachen heraus ein Zerrbild dieses Geistes entwerfen. Das bringen sie sehr leicht fertig. Sie erklären: die Sozialdemokratie würde nicht sein, wenn der Liberalismus, die bürgerliche Demokratie nicht vorher in die Welt gekommen wären. Der Liberalismus habe die Grundlage „gottgewollter Ordnung" zertrümmert; die Achtung vor geistlicher und weltlicher Autorität untergraben; alle „Bande der sittlichen Harmonie" im Staats- und Gesellschaftswesen gelöst und die „Sündfluth der destruktiven Ideen" herbeigeführt; seine Wissenschaft habe den „Volksgeist vergiftet," seine Politik habe das Elend geschaffen. Ergo sei der Liberalismus, besonders in seinen Extremen, der bürgerlichen Demokratie und dem Freisinn, die „Vorfrucht der Sozialdemokratie".

Erst in den letzten Tagen wieder haben die im Dienste der Großindustriellen wirkenden „Berliner Neuesten Nachrichten" in diesem Sinne sich geäußert und dabei bemerkt: die bürgerliche Demokratie habe „den Volksgeist prädisponirt für den sozialdemokratischen Ansteckungsstoff". Oft genug haben im Verlaufe der Jahre konservative und ultramontane Stimmen erklärt, es nütze nichts, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, wenn nicht zugleich die Quelle der sozialdemokratischen Ideen, die liberale Weltanschauung, zerstört werde.

Wie unsagbar jämmerlich und verächtlich müssen die reaktionären Vorfrucht-Theoretiker Dem erscheinen, der sich und anderen Rechenschaft geben kann über den naturnothwendigen, unlösbaren Zusammenhang all' der Entwicklungsstadien, welche die Menschheit durchmessen hat, aus Nacht und Barbarei aufsteigend zu immer besserer Erkenntniß, höherer Kultur, vollkommenerer Humanität! Da hat in organischer Folge, unabhängig von dem Wollen der Menschen, die eine Weltanschauung die andere abgelöst, und mit der Weltanschauung sanken in Trümmer all' die staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen, die auf sie gebaut waren. Da war, was der Weltgeschichte ganzen großen Inhalt ausmacht, nichts als ein stetes, ununterbrochenes Vergehen und Werden, Blüthe, Frucht, Verfall, und aus dem Verfall die neue Blüthe, die neue Frucht, das neue Leben. So schön sagt Alexander von Humboldt: „Im Lebensgeschick der Staaten ist es, wie in der Natur, für die, nach dem sinnvollen Ausspruch Goethes, es im Bewegen und Werden kein Bleiben giebt und die ihren Fluch gehängt hat an das Stillestehen."

Möge die Anmaßung des jeweilig die Gewalt habenden herrschenden Sonderinteresses noch so energisch sich auflehnen gegen dies neue Werden im Geist und in der Welt der Thatsachen — diese Auflehnung, die immer begleitet ist von Verübung schändlichster Ungerechtigkeit im Namen des „Rechts", kann wohl zu Katastrophen führen, aber den Sieg des Fortschritts in Vernunft, Humanität und Kultur nicht verhindern. Das lehrt die Geschichte, die ja freilich leider für die Inhaber der „maßgebenden" Macht niemals dazu dagewesen ist, daß sie aus ihr lernen!

Der forschende, unablässig nach Erkenntniß ringende Geist brach, immer Rebell gegen die bestehende Ordnung, dem Fortschritt die Bahn. Die Rebellion des Geistes richtete sich in frühester Zeit naturgemäß zunächst gegen die Herrschaft der religiösen Vorstellungen, auf welcher die ganze Staats- und Gesellschaftsorganisation beruhte. Es war der Anfang der Erschütterung dieser Herrschaft, als die ersten griechischen Philosophen sich heranwagten an den Versuch, die Natur und das Verhältniß des Menschen zu derselben zu erklären. Als die Pythagoräer vier bis fünf Jahrhunderte vor unserer Zeitrechnung die „Lösung des Weltproblems" zu ihrer Aufgabe machten, bekannten sie sich zu dem Geist, der alle Zeit der Geist des Umsturzes war. Und eine bedeutsame Konzession an diesen Geist machte Xenophanes, als er lehrte:

„Die Götter haben nicht von Anfang Alles dem Sterblichen verliehen; allmälig findet er durch langes Forschen erst das Bessere."

Dieser Weise erklärte die Vernunft als die einzige Quelle der Wahrheit. Noch einen Schritt weiter that Anaxagoras, als er, die Götter leugnend, die Lehre von der Weltintelligenz verkündete. Schritt um Schritt geht es weiter. Sokrates verkündete das Prinzip der geistigen Freiheit und die Lehre der sittlichen Selbsterkenntniß. Zur Strafe dafür mußte er unter der Anklage, „falsche Götter" gelehrt zu haben, den Giftbecher trinken. Seine Lehre war die Vorfrucht der berühmten Ideenlehre des Plato, den man den „Vater aller idealistischen Weltanschauungen" genannt hat und dessen Idealismus in einem folgerichtig durchgeführten Kommunismus gipfelte. Und diese Philosophie wieder war eine Vorfrucht der Moralphilosophie, welche in den Römern Cicero, Seneca u. A. bedeutsame Vertreter fand. Forderte Ersterer Gerechtigkeit auch gegen Menschen der niedrigsten Klasse, so bekannte Seneca sich unbedingt zum Menschenrecht; er forderte, daß auch im Sklaven der Mensch geachtet werde; vor der Vernunft sei der Sklave dem Freien gleich, und vor der Tugend bestehe kein Unterschied zwischen Sklaven und Freien.

Alle diese neuen Anschauungen waren Vorfrüchte des Christenthums, d. h. des Christenthums, wie es der Nazarener und seine Jünger lehrten bezw. zusammenfaßten in den Worten Gleichheit, Brüderlichkeit, Freiheit, dem Evangelium für die Armen und Enterbten. Aus dem Christenthume erwuchs, als es Staatsreligion geworden war, allerdings eine Hierarchie, die Herrschaft des Papstthums. Aber diese Herrschaft gründete sich auf eine neue, große „umstürzlerische" Idee, welche logisch aus den Lehren des Urchristenthums folgte, auf die Idee der Universalität, der Internationalität, der Solidarität aller Menschen auf dem Boden der Religion. Es sollte sein eine Heerde und ein Hirt.

Die Erstarrung und Entartung des offiziellen Christenthums im Dogmenglauben schuf die Ketzerei und deren Verfolgungen. Die Hierarchie vertheidigte mit grausamer Gewalt die von ihr bestimmte und beherrschte Gesellschaftsorganisation. Aber wie Lenau in seinen „Albigensern" so schön singt:

Das Licht vom Himmel läßt sich nicht verspringen,
Noch läßt der Sonnenaufgang sich verhängen
Mit Purpurmänteln oder dunklen Kutten;
Den Albigensern folgten die Hussiten
Und zahlten blutig heim, was Jene litten;
Nach Huß und Ziska kommen Luther, Hutten,
Die dreißig Jahre, die Cevennenstreiter,
Die Stürmer der Bastille, und so weiter.

Der universellen Hierarchie macht die Reformation ein Ende. Die Wissenschaft wirft ab das Joch unwürdiger Bevormundung und lebt auf im langgeknechteten Geist der Humanität. Die Humanisten lehren die Würde und das Recht des Menschen, des Staatsbürgers, im Gegensatz zur überlieferten Anmaßung der feudalen Gewalten. Der demokratische Gedanke beginnt seinen Siegeszug. Die revolutionäre Lehre vom Selbstbestimmungsrecht der Völker tritt dem überlieferten Autoritätsunfug gegenüber. Könige von „Gottes Gnaden" müssen als Verbrecher an der Nation auf dem Schaffot ihr Leben lassen. Unter dem Donner der französischen Revolution bricht der Feudalismus mit seiner ganzen Weltanschauung zusammen. Aus den Geburtswehen der neuen Zeit geht der bürgerliche Liberalismus, die Ideenkombination des von allen Fesseln befreiten Kapitalismus hervor. Er proklamirt in den Staatsverfassungen die Gleichheit der Bürger im Recht und vor dem Staate; er stürzt den Absolutismus und bringt das konstitutionelle Staatswesen. Liberalismus und Kapitalismus begründen und entwickeln eine neue Gesellschaft; sie lösen theoretisch und bis zu einem gewissen Grade praktisch die Frage der politischen, der staatsbürgerlichen Freiheit. Das ist ihr historischer Beruf. Nichts von Willkürlichkeit liegt darin. Aber sie lassen die Frage der wirthschaftlichen Gleichheit, der Gleichheit der Lebensbedingungen ungelöst.

Diese Frage zu lösen, erscheint der demokratische Sozialismus auf der Weltbühne als konsequente Fortentwicklung der letzten großen Fortschrittsidee, des Liberalismus, als die Frucht der Summe von Kultur, welche das kapitalistische System in sich zusammenfaßt.

So hat die stete Befruchtung der Menschheit zu immer schönerem Gedeihen sich vollzogen nach dem Gebote der entwicklungsgesetzlichen Nothwendigkeit. Dieses Gebot wird wirksam bleiben in ihr, und seine nächste Vollstreckerin ist die Sozialdemokratie.

Das ist die historisch wahre Lehre von der Vorfrucht im Völkerleben.

Von der Weltbühne.

Das Osterei der „staatserhaltenden" Politik. Die in letzter Nummer unseres Blattes erwähnte offiziöse Ankündigung, daß die Zuchthausvorlage nun endlich kommen soll, hat unsern Scharfmachern einen Stein vom Herzen genommen. Ueber ein halbes Jahr warten sie mit Sehnsucht auf die Vorlage. Die Thronrede zur Reichstagseröffnung gab ihnen die Versicherung, daß etwas kommen werde. Aber es verstrichen wiederum Monate und es kam nichts. Ja, es wurde sogar gemeldet, der Entwurf begegne ernsten und großen Schwierigkeiten im Schooß der verbündeten Regierungen; er werde in der laufenden Session vielleicht überhaupt nicht, vielleicht so spät eingebracht werden, daß er liegen bleiben müsse. Nun vernehmen die Scharfmacher zum Osterfest die frohe Botschaft, daß der Entwurf vom Kaiser genehmigt sei und demnächst dem Bundesrathe zugehen solle.

Allerdings weiß man auch noch nichts über den Inhalt; man weiß nicht einmal genau den Titel. Wie dieser lautet ist höchst nebensächlich; auf den Inhalt kommt Alles an. Wird er noch länger geheim gehalten werden? Die Stumm'sche „Post" schreibt:

„Wie immer die Vorlage gestaltet sein mag, wird man darüber nicht im Zweifel sein können, daß durch sie der Reichstag einer noch bedeutsameren Probe auf seine politische Leistungsfähigkeit unterworfen werden wird, als durch die Militärvorlage. Galt es dort der Sicherung des äußeren Friedens und dem Schutze vor auswärtiger Gefahr, so handelt es sich jetzt um die Wahrung des inneren Friedens und den Schutz weiter Kreise unserer Bevölkerung gegen Terrorismus. Es ist klar, daß die verbündeten Regierungen, wenn sie die Nothwendigkeit erkennen, durch Verschärfung der Strafgesetze dem inneren Frieden und der Bewegungsfreiheit der Bevölkerung einen wirksamen Schutz angedeihen zu lassen, mit demselben Ernste und mit demselben Nachdruck hinter ihrer Vorlage stehen, wie hinter der Militärvorlage, und daß sie für den Fall einer etwaigen Ablehnung ihrer Vorschläge nicht vor den äußersten Konsequenzen zurückschrecken können."

Das ist die Drohung mit der Auflösung des Reichstages.

Im Organ der Großindustriellen, den „Berliner Neuesten Nachrichten", lesen wir:

„Wir halten nun schlechterdings für ausgeschlossen, daß die Vorlage im Bundesrathsstadium scheitern könnte; eine beträchtliche Mehrheit ist unter allen Umständen für sie vorhanden. Aber nicht gleichgültig ist, wann und wie sie an den Reichstag gelangt. Man muß darauf gefaßt sein, daß das Zentrum unter Berufung auf das überaus reichlich vorhandene sonstige Berathungsmaterial diese Angelegenheit auf die lange Bank zu schieben suchen, und daß ihm für diese Taktik die bekannte „Abwehrmehrheit" zur Verfügung stehen wird. Der Zweck dabei würde sein, die Vorlage in dieser Session überhaupt nicht mehr zur Verhandlung kommen zu lassen. Dies würde umsomehr erleichtert werden, je später die Vorlage an den Reichstag gelangt. Es wird sich also darum handeln, daß sie möglichst bald nach den Osterferien eingebracht und dabei der Reichstag über den Wunsch der Regierung nach einer baldigen Inangriffnahme der Sache nicht im Zweifel gelassen wird. In klerikalen Blättern ist schon vor einiger Zeit die Vermuthung ausgesprochen worden, es werde der Regierung selbst schließlich nicht unerwünscht sein, wenn der Reichstag für ein stillschweigendes Begräbniß der Vorlage in einer Kommission sorgte. Unseres Erachtens kann die Reichsregierung gar nicht daran denken, ihrer Autorität einen solchen Stoß versetzen zu lassen. Aber es ist vielleicht doch nicht überflüssig, bei Zeiten auf die drohenden Manöver der „regierenden Partei" aufmerksam zu machen."

Gegen diese Auslassungen wendet sich die ultramontane „Kölnische Volks-Zeitung": „Erstens hat die Zentrumspresse nirgends behauptet, daß mit Sicherheit eine Spaltung in der Sozialdemokratie heranziehe, und zweitens ist unter „Zuchthausvorlage" natürlich ein Ausnahmegesetz zu verstehen, das berechtigte Bestrebungen der Arbeiter mit Gewalt niederhalten will. Von einem solchen erwarten wir allerdings keine Schwächung, sondern eine Stärkung der Sozialdemokratie. . . . Zahlreiche Arbeiter würden dadurch der Gefahr ausgesetzt, mit Freiheitsstrafen belegt zu werden. Die Lohn- und Gewerkschaftsbewegung würde gehemmt werden. Daß man das vermeiden möchte, versteht sich doch von selbst. Aber es würde auch die Erbitterung der Massen gewaltig anwachsen, und daß das der Partei zu Gute käme, liegt auf der Hand."

Das Zentrumsblatt nimmt an, daß nicht daran gedacht wird, Jeden, „der zum Ausstand anreizt", mit Zuchthaus zu bestrafen. Es werde sich wohl nur um Bestimmungen gegen den Terrorismus handeln: „Vieles von dem aber, was man Terrorismus nennt, ist eine berechtigte Wahrnehmung eigener Interessen und wird auch von Nichtsozialdemokraten, ganz besonders auch von Unternehmern geübt. Einem Gesetz, das in dies Recht eingreift, können wir nicht zustimmen. Wo unberechtigter „Terrorismus" vorliegt, wäre, ehe man neue Strafparagraphen macht, nachzuweisen, daß die bisherigen Bestimmungen dagegen nicht ausreichen. Ist ein solcher Nachweis zu führen, so müßten die neuen Bestimmungen so gefaßt sein, daß sie erstens nicht auch gegen berechtigte Interessenwahrung angewendet werden können, und zweitens nicht blos Arbeiter, sondern auch jeden anderen, nicht zuletzt die Unternehmer, der Terrorismus übt, genau so treffen. In diesem Falle würde sich ja über das Gesetz reden lassen."

Diese Erwägungen wiegen nicht schwer. Nach der Absicht der Scharfmacher soll der Terrorismus der Unternehmer womöglich geradezu eine gesetzliche Sanktion erhalten.

Ein Berliner Korrespondent des nationalliberalen „Hannoverschen Courier" schreibt:

„Wenn es sich bestätigen sollte, daß der Gesetzentwurf zum Schutze Arbeitswilliger trotz aller Schwierigkeiten, auf die seine Ausarbeitung stieß, jetzt fertig vorliegt und auch Aussicht hat, vom Bundesrath bald erledigt zu werden, dann würde das Arbeitspensum des Reichstags damit noch eine weitere erhebliche Belastung erfahren. Es würden dem Reichstag aber auch schwere Kämpfe bevorstehen. Denn ohne den Inhalt der vielerörterten sogenannten „Zuchthausvorlage" zu kennen, muß man doch vermuthen, daß sie bei der Mehrheit des Reichstags auf grundsätzlichen Widerstand stoßen wird. Abgesehen von dieser Seite der Angelegenheit, würden aber die verbündeten Regierungen und der Reichstag dann einen Grund mehr haben, diesmal nicht den Schluß der Session eintreten zu lassen, sondern die Vertagung zu verfügen. In den 5—6 Wochen, die dem Reichstag bis Pfingsten zur Verfügung stehen, werden ohnehin von den zahlreichen Gesetzentwürfen nur diejenigen verabschiedet werden können, die keinen Aufschub dulden. Um aber nach dem Pfingstfest die Volksvertretung noch wieder beschlußfähig zusammenzubringen, bedarf es eines Arbeitsmaterials, das besondere Anziehungskraft auf eine geschlossene Mehrheit des Hauses auszuüben im Stande ist. Man darf aber bezweifeln, daß der Gesetzentwurf zum Schutze Arbeitswilliger nach Allem, was man bisher über denselben gehört hat, sämmtliche Parteien, deren Mitwirkung dabei unerläßlich ist, falls etwas Brauchbares geschaffen werden soll, in der erforderlichen Weise begeistern wird. . . . . .

„Die Sozialdemokratie hat das Gespenst der „Zuchthausvorlage" bisher als willkommenes Agitationsobjekt nach allen Richtungen ausgeschlachtet. Auf dieser Seite sieht man der Einbringung des Gesetzentwurfs in der stillen Hoffnung entgegen, daß derselbe im Allgemeinen so scharfe Maßregeln gegen die Sozialdemokratie in Vorschlag bringen werde, daß auch die bürgerlichen Parteien demselben nicht unbedingt zustimmen könnten. Wenn die Regierungen mit dieser neuesten Aktion gegen die Sozialdemokratie erfolgreicher sein wollen als mit der Umsturzvorlage und der Vereinsgesetznovelle, so müßten sie von dem Grundsatz ausgehen, daß sie im Reichstage nur das fordern dürfen, wofür eine Mehrheit der Mitglieder der staatserhaltenden Parteien von vornherein gesichert ist. Jeder Fehlschlag gegenüber der Sozialdemokratie erhöht nur den Einfluß der letzteren, führt ihr neue Anhänger zu, trägt aber gleichzeitig Uneinigkeit in die Reihen derjenigen Parteien, die zwar im Prinzip zur Unterstützung der Regierungen bereit sind, nicht aber Maßregeln zustimmen können, die über das ursprünglich gestellte Ziel hinausgehen."

Daß sich's nach Absicht der Scharfmacher um eine Vergewaltigung des Koalitionsrechts der Arbeiter handeln soll, brauchen wir unseren Lesern nicht mehr darzulegen. Die Sozialdemokratie dient ihnen nur als Vorwand.

Von „großer Angst" vor der Zuchthausvorlage ist, so meldet der Berliner Korrespondent der „Hamburger Nachrichten" die Sozialdemokratie befallen. Es soll sich das ergeben „aus ihrem ganzen Benehmen", welches wie folgt geschildert wird:

„Sie stellt sich nämlich recht heiter, merkt aber nicht, daß die von ihr gepflegte Art Heiterkeit erst recht die Angst hervorscheinen läßt. Jedesmal, wenn von einem eklatanten Fall des sozialdemokratischen Terrorismus gegenüber Arbeitswilligen berichtet wird, macht die sozialdemokratische Presse sich darüber lustig. Sie stellt sich, als wenn solche Fälle überhaupt nicht möglich wären, und wenn sie so arg ausfallen wie in Löbtau, wo an ein Vertuschen nicht zu denken ist, so leugnet sie einfach jeden Zusammenhang des betreffenden Arbeiters mit der Umsturzpartei."

Wir glauben, diese fivol-läppischen Dummheiten genügend zu kritisiren, wenn wir bemerken, daß für die Sozialdemokratie wahrlich kein Anlaß vorliegt, im Hinblick auf den Zweck, den nach Absicht der Scharfmacher die Zuchthausvorlage erfüllen soll, „heiter zu scheinen". Sie hat die von den Scharfmachern der deutschen Arbeiterklasse zugedachte Vergewaltigung des Koalitionsrechtes stets mit dem gebührenden Ernst behandelt. Daß sie dabei in sarkastischer Weise die Lüge vom „sozialdemokratischen Terrorismus" abfertigt, ist selbstverständlich. Diesen von den ernstesten Erwägungen diktirten Sarkasmus mit erheuchelter Heiterkeit zu verwechseln, das bringen nur ordnungspolitische Narren fertig. Angst vor neuen Kämpfen, Furcht vor den reaktionären Gewalten ist ein Gefühl, das die Sozialdemokratie nicht kennt? Hat man dafür noch nicht genug der Beweise?

Niedriger hängen wollen wir noch folgende Sätze des Korrespondenten der „Hamb. Nachr.":

„Es geht aus Allem hervor, daß die Sozialdemokratie gewillt ist, einen Staat im Staate zu bilden, und dem müssen der jetzige Staat ebenso wie die Gesellschaft mit Festigkeit entgegentreten, wenn anders sie noch ihre Weiterexistenz wahren wollen. Daß gegenwärtig noch mehr als früher in Anknüpfung an eine Arbeit des Genossen Bernstein wieder über die Mauserung der Sozialdemokratie zu einer Reformpartei geschrieben wird, kann daran nichts ändern. Wenn diese Arbeit nicht für den jetzigen Zeitpunkt bestellt war, so kam sie jedenfalls sehr gelegen. Blenden läßt sich aber davon doch nur, wer seine Veranlassung dazu hat, Vogel Straußpolitik zu treiben. . . . Die Umsturzpartei selbst macht kein Hehl daraus, daß sie ist, was sie war, nämlich eine revolutionäre Gruppe, die, sobald sie die Macht hätte, den heutigen Verhältnissen den Garaus machen würde. Der Terrorismus, den die Sozialdemokratie gegen die arbeitswilligen Elemente ausübt, trägt wesentlich dazu bei, diese Macht zu erhöhen. Alle Bestimmungen, die ihr Abbruch zu thun geeignet sind, sind demgemäß von den staatserhaltenden Parteien zu begrüßen. Je schärfer sie ausfallen, um so besser."

Wir konstatiren demgegenüber nur, daß der Berliner Mitarbeiter der „Hamb. Nachr." immer noch erfüllt ist vom Geiste seines „seligen Herrn", des Fürsten Bismarck. Er hat nichts gelernt und nichts vergessen.

Zwangsinnungen und Sozialdemokratie. Zur Vervollständigung der Betrachtungen, die wir im Leitartikel der Nr. 77 unsr. Bl. („Was der Sozialdemokratie Altes nützt") angestellt haben, liegt in einer offiziösen Notiz der „Berliner Politischen Nachrichten" etwas neues Material vor. Es wird da geklagt, daß die Verwaltung einiger auf Grund des Handwerkergesetzes gebildeten Zwangsinnungen in sozialdemokratische Hände gelangt ist. „Das giebt zu denken". Es sei das ein neuer Beweis dafür, „daß die Sozialdemokraten vornehmlich die privaten, gemeindlichen und staatlichen Organisationen ihren Zwecken dienstbar zu machen suchen." Deshalb müsse, wo immer neue Organisationen in's Auge gefaßt würden, die erste Frage sein, ob nicht die Sozialdemokratie daraus Nutzen ziehen könne. Dabei ist offenbar an die sozialpolitischen Anträge im Reichstage, betreffend Berufsvereine, Gewerbegerichte ꝛc., sowie an die lokalen Rentenstellen für die Invaliditätsversicherung, ferner an die Heranziehung der Arbeiter zur Grubeninspektion ꝛc. gedacht.

Als Beispiele von in die Hände der Sozialdemokratie gelangten Zwangsinnungen werden in der offiziösen Notiz die Schuhmacherinnungen in Köln und Lübek angeführt. In Berlin ist die Bildung einer Zwangsinnung der Schuhmacher seitens des Oberpräsidenten abgelehnt worden und zwar, wie die „Freisinnige Zeitung" bemerkt, anscheinend in der Befürchtung, dadurch auch nur einer sozialdemokratischen Organisation die Wege zu bahnen. In den angeführten Beispielen handelt es sich um sozialdemokratische Mehrheiten unter den Meistern der Innungen; abgesehen davon, aber beherrscht die Sozialdemokratie in vielen neuen Zwangsinnungen auch die Gesellenausschüsse.

So kommen selbst die Experimente der „Mittelstandspolitik", die mit dazu dienen soll, die Sozialdemokratie zu „überwinden", ihr zu Gute.

Charfreitags- oder Katerstimmung. Schon Freiherr v. Hammerstein verstand es, die christlichen Feste in Leitartikeln zu verarbeiten. Dem Hammersteinschen Brauche folgt Dr. Kropatschek und bringt in einem „Charfreitag" überschriebenen Leitartikel folgende Sätze:

„Zerklüftet ist unser Volk; zerrissen durch Neid und Haß, durch Hader und Feindschaft; durch gewissenlose Hetzer wird der Klassenkampf geschürt. Aber diese Gegensätze lassen sich überbrücken; nur die Kluft zwischen Glauben und Unglauben kann nicht ausgefüllt werden. Allein nur opferwillige Liebe vermag die Herzen zu einen. Erst, wenn der Charfreitag unseres Volkes Glieder um das Kreuz sammelt, dann ist die Liebe im Stande, die Hadernden zu versöhnen."

Solche Sätze in demselben Blatt, welches seit Jahren die Hauptvertretung der niedrigsten Interessenpolitik übernommen hat, klingen sonderbar. Nobel ist es, zu fordern, daß den Aermsten das Brot vertheuert wird, daß Liebesgaben für Branntweinbrenner und Zuckerbarone angebracht, daß dem Arbeiter die elementarsten Rechte vorenthalten resp. entrissen werden. Aber Rechte für den Arbeiter und Hebung des Wohlbefindens für die Arbeiter fordern, können nur „gewissenlose Hetzer". Enthaltsamkeit, Geduld, Demuth und Hoffen auf die ewige Seligkeit wird den Arbeitern gepredigt. Die Arbeiter sollen jenseits des Grabes für ihr Mühen entschädigt werden, während die fromme „Kreuzzeitung" für die Junker die Getreidezölle, die Liebesgaben u. s. w. schon diesseits des Grabes haben will.

Die lex Heinze unterzieht Reichsgerichtsrath a. D. Stenglein einer Kritik. „Zwei Entwürfe" — so schreibt er — „liegen dem Reichstage vor, welche die Wiederbelebung der selig entschlummerten lex Heinze zur Aufgabe haben: ein Initiativentwurf des Zentrums und ein Regierungsentwurf. Die Unterschiede beider Entwürfe sind nicht von ausschlaggebender Bedeutung." Das Schlußergebniß seiner Prüfung beider Entwürfe faßt Stenglein in folgenden Sätzen zusammen:

„Somit ist die entsprechende Ausbeute der Entwürfe eine so geringe, bei energischer Handhabung der Gesetze so leicht entbehrliche, in vielen Begriffen aber so behnbare, daß der Erlaß einer Novelle keinesfalls als gerechtfertigt erscheint und man nur wünschen und hoffen kann, die Reichsregierung habe mit ihrem Entwurf wirklich das äußerste Angebot gethan, und werde es ruhig geschehen lassen, wenn auch dieses im Reichstage noch einigermaßen beschnitten wird."

Die Ursachen der Leutenoth werden von den Agrariern in allen möglichen Erscheinungen gesucht, nur den wirklichen Ursachen gehen sie geflissentlich aus dem Wege. Die „Kreuz-Zeitung" schreibt:

„Die Landwirthe aller Kulturstaaten, namentlich derjenigen Staaten, die ihre Industrie zu entwickeln suchen, leiden unter einer Erscheinung, die schließlich zu einem bedenklichen Arbeitermangel führt, unter dem Zuge der Landarbeiterbevölkerung in die Stadt, womöglich in die Großstadt. Klagen darüber ertönen nicht nur aus Deutschland, sondern ebenso aus Oesterreich, Frankreich und England. Zeitweilig müssen Arbeitslöhne gezahlt werden, die diejenigen der Industrie nicht unerheblich übersteigen.

„Gewisse liberale Theoretiker haben die Behauptung aufgestellt, daß die Leute deshalb vom Lande in die Stadt gehen, weil sie auf dem Lande ungenügende und in der Stadt weit höhere Löhne erhalten. Diesen Doktrinären gegenüber sind die Erfahrungen praktischer Landwirthe aus England entgegenzustellen. In England ist man bereits zu der Erkenntniß gekommen, daß die Abwanderung in die Städte selbst dann nicht beseitigt werden würde, wenn die Landwirthschaft dauernd höhere Löhne zahlen könnte, da für diese Abwanderer im Allgemeinen nicht die Lohnverhältnisse maßgebend sind, sondern das Bestreben oder richtiger die Sucht nach einem freieren, ungebunderen Leben, nach mehr Vergnügen und Abwechslung, wie sie die Großstadt zu bieten scheint. Sollte wirklich der Staat unthätig zusehen, wie diese Abwanderer, verführt von dem äußeren Glanz der Großstadt, zu Tausenden sittlich oder wirthschaftlich zu Grunde gehen? Je größer die Städte nun vor Allem die Großstädte, desto größer die sozialen Sorgen und Gefahren, die aus dieser bedenklichen Verschiebung der Bevölkerung entstehen."

Den zeitweilig gezahlten hohen Löhnen stehen lange Perioden der Arbeitslosigkeit gegenüber. Wäre die Vergnügungssucht das treibende Element, dann würden die Bergwerke über einen größeren Arbeitermangel zu klagen haben als die Landwirthschaft. In Vergnügungen kann, in den meisten Fällen, das entlegendste Bauerndorf mit den tristen Gegenden des Kohlenbergbaus in Konkurrenz treten. Und doch verlassen die Arbeiter das platte Land und vertauschen die an sich gesunde Arbeitsstätte des Landarbeiters mit der des Bergmanns. Lebendig begraben unter steter Lebensgefahr, verrichtet er die schwersten Arbeiten, weil er für seine Angehörigen eine etwas bessere Existenz erringen kann als in den Gegenden, wo die Unternehmer immer noch nicht daran glauben wollen, daß die Leibeigenschaft aufgehoben ist. Nicht an die Regierungen sondern an die Junker sollten die agrarischen Blätter ihre Mahnungen richten, wenn sie die Entvölkerung des platten Landes hindern wollen.

Die „Verjüngung der Armee" wird seit Jahren eifrig betrieben, und zwar auf dem Wege der Pensionirung von Offizieren. Fortgesetzt haben in Folge dessen die Ausgaben für Militärpensionen sich erhöht. Sie beliefen sich 1880 auf 50 Millionen, im Jahre 1890 bereits auf 60 Millionen und 1898 auf nahezu 86 Millionen Mark. Davon entfallen über 40 Millionen auf Offizierspensionen. Ende Juni 1896 zählte man nur in der preußischen Armee 7756 pensionirte Offiziere, während die Zahl der aktiven Offiziere 19 332 betrug. Die Pensionirungen erfolgen in größte Zahl nicht wegen eingetretener Dienstunfähigkeit. Nach bestehendem Gebrauch sind die Offiziere „verpflichtet", ihre Entlassung zu nehmen, wenn sie nicht in eine höhere Stelle befördert werden, so bald nach ihrem Dienstalter die Reihe an sie kommt. In solchen Fällen wird die Felddienstfähigkeit des Offiziers „angezweifelt" und damit der Pensionsanspruch begründet.

Diese Praxis ist im Reichstage schon oft Gegenstand scharfer Kritik gewesen. Aber es ist bei dem „Usus" geblieben. Seit dem 1. Januar d. J. sind in der deutschen Armee schon wieder „verabschiedet" worden 255 Offiziere, davon nur 9 ohne Pension. Es befinden sich darunter 3 Generalleutnants, 5 Generalmajore. Die Kosten für diese Pensionirungen dürften sich auf etwa eine Million berechnen.

Zu einem Entrüstungsrummel wegen des vom freisinnigen Abgeordneten Dr. Müller-Sagan im Reichstage gebrauchten Wortes „Kriechervereine" werden, wie wir mitgetheilt haben, die Kriegervereine mobil gemacht. Die ultramontane „Germania" bemerkt dazu:

„Es ist das die Fortsetzung des von der Rechten schon im Reichstage begonnenen unehrlichen Spiels, das nicht aus sittlicher Entrüstung, sondern aus parteipolitischem Geschäftsinteresse betrieben wurde. Die Dispirten sind dabei wieder die Mannen der Kriegervereine, die sich durch einige hohle Redensarten gegen die Freisinnigen verhetzen lassen. Die Veranstalter dieser „patriotischen" Mache wissen recht gut, daß der Abg. Müller (Sagan) die Kriegervereine überhaupt nicht als „Kriechervereine" bezeichnet, sondern nur von denen gesprochen hat, die unselbstständig und urtheilslos genug sind, sich durch einige bombastische und verlogene Redensarten zu konservativen Wahlvereinen degradiren zu lassen. Wenn dieselben Vereine sich nun noch zu der Entrüstungskomödie in konservativen Diensten gebrauchen lassen und die Absichten und Beweggründe der Macher nicht durchschauen, so können sie damit im allgemeinen Ansehen kaum steigen. Kriegervereine sind keine